Tägliche Rundschau
28./VII. 1915



## Mehr Landwirte in die Stadtvertretungen.

An dieser Stelle wurde kürzlich mitgeteilt, daß die Stadtverwaltung Charlottenburgs 35 000 Ztr. Kartoffeln mit einem Verlust von 5 M. für den Zentner, also einem Gesamtverlust von 175 000 M. verkauft habe. Insgesamt hatte die Stadtverwaltung 75 000 Ztr. angekauft, großenteils zu außerordentlich hohen Preisen (bis zu 9 M. für den Zentner nach dem Bericht eines Charlottenburger Blattes!), in der Voraussicht, daß die Kartoffelnot in den Monaten Mai—Juli sich bis zu einer Krise steigern werde. Die beregten 175 000 M. Verlust sind aber nicht etwa der Charlottenburger Bevölkerung zugute gekommen, sondern den Landwirten, die an die Stadt zu hohen Preisen verkauft hatten und — im Zeichen des plötzlich entdeckten Kartoffelüberschusses — nicht zu liefern brauchten. Die Spekulation der Charlottenburger Stadtverwaltung hatte sich scheinbar als irrig erwiesen; wir betonen: scheinbar, denn wenn der Rückkauf nicht überstürzt worden wäre, so hätte sich die Rechnung der Verwaltung wesentlich günstiger gestaltet; die Preise für alte Kartoffeln sind nämlich neuerdings wieder beträchtlich gestiegen, der Zentner muß in der Regel wieder mit 9 M. im Kleinverkauf bezahlt werden.

Die Charlottenburger Stadtverwaltung mag sich trösten, sie steht mit ihrer verfehlten Spekulation nicht vereinzelt da; auch andere Städte, vermutlich sogar zahlreiche, haben mit dem Kartoffelan- und -verkauf recht trübe Erfahrungen gesammelt, nicht nur, daß die plötzlichen Preisumwälzungen den städtischen Kassen in erheblichem Umfange Opfer auferlegten, sondern es sind auch große Massen Kartoffeln dem Verderben anheimgefallen, teils infolge unzweckmäßiger Lagerung, teils weil beim Aufkauf der Kartoffeln auf deren Haltbarkeit nicht die nötige Rücksicht genommen worden war. Man kann sich, wenn man jetzt auf die äußerst unbefriedigende Gestaltung des Kartoffelmarktes und die städtischen Maßnahmen der Fürsorge im ersten Kriegsjahre zurückblickt, des Eindrucks nicht erwehren, daß es an maßgebenden Stellen vielfach an Sachverständigen gefehlt habe, insbesondere auch an Land- und Volkswirten in den städtischen Vertretungen. Ueberblickt man die Zusammensetzung der städtischen Körperschaften in Berlin und den großen Vorortgemeinden, so findet man darin nahezu alle Berufe — viele sogar bis zum Ueberfluß — vertreten bis auf die Landwirtschaft. Man wird einwenden, Landwirtschaft werde in den großen Gemeinden nicht betrieben, sie habe somit keinen Anspruch auf Vertretung in den Stadtkörpern. Dieser Einwand wäre schon deshalb hinfällig, weil die großen Gemeinden selbst Rieselgüter angelegt haben, wo eine fachkundige Kontrolle durchaus nichts schaden könnte; überdies oftmals über Grundbesitz verfügen, für dessen Ausnützung von sachverständiger Seite oft wertvolle Anregungen gegeben werden könnten. Aber auch sonst verbindet die städtischen und landwirtschaftlichen Interessen ein so festes Band, daß erprobte Landwirte, die in den Städten zahlreich ihren Lebensabend zu beschließen gedenken, in den städtischen Körperschaften recht gute Dienste leisten könnten. Auch darin hat sich der Krieg als großer Lehrmeister gezeigt. Welche Verlegenheiten und Kosten wären vielen Kommunalverbänden erspart geblieben, wenn z. B. ältere erfahrene Landwirte als Stadt- oder Gemeindevertreter sich uneigennützig um die Kartoffelversorgung der Bevölkerung gekümmert hätten. Sie hätten auch die private Vorsorge der Mitbürger treffender eingeschätzt als es geschehen ist; sie hätten gewußt, daß wir mit einer guten Mittelernte an Kartoffeln, wie es die letzte war, niemals Schwarzseher zu werden brauchten, denn sie kennen ihre Pappenheimer.

Wir erinnern uns übrigens, daß in früherer Zeit Landwirte im Ruhestande gern in den städtischen Vertretungen gesehen wurden und sich um die Städte wohlverdient gemacht haben. Die neuere Zeit mit ihrem Partei- und Kliquenwesen verdrängte die Angehörigen des landwirtschaftlichen Berufs — nicht zum Vorteile für die Gemeinsamkeitsinteressen. Möchten doch die während des Krieges gesammelten Erfahrungen auch auf dem Gebiete der städtischen Kommunalwirtschaft darin Wandel schaffen, daß sich das städtische Bürgertum zu einer höheren idealen Auffassung der Dinge aufschwingt und unbeirrt durch der Parteien Lieben und Hassen das Gemeinwohl trefflich erkennt. Dieses fordert gebieterisch, Vertreter des landwirtschaftlichen Berufes an der Verwaltung der Städte teilnehmen zu lassen, um so mehr, als erfahrungsgemäß weite Schichten der städtischen Bevölkerung der Landwirtschaft entstammen. Dr. D.